

## **Flächenschutz für ein klimaresilientes Hamburg**

Leitantrag zum Schwerpunktthema Flächenschutz und Klimaanpassung 2027

### **Präambel**

Der BUND Hamburg setzt sich seit Jahren für den Schutz von Natur und Grünflächen ein. Angesichts zunehmender Hitze, Dürre und Starkregen ein wichtigeres Thema denn je: Unversiegelte Böden kühlen die Stadt, speichern Wasser, erhalten Lebensräume und tragen zur Lebensqualität bei.

Obwohl der Sommer 2026 besonders heiß war, geraten zeitgleich die Instrumente für den Flächenschutz bundesweit unter Druck. Der „Bauturbo“ erlaubt seit Oktober 2025 Abweichungen vom Planungsrecht, die Novelle des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes schränkt das Klagerecht von Umweltverbänden ein, und das Infrastrukturkukunftsgesetz ermöglicht finanziellen statt realem Ausgleich für zerstörte Flächen. Das schwächt genau die Werkzeuge, mit denen Flächenschutz durchsetzbar wäre.

Die Auswirkungen zeigen sich in Hamburg deutlich. Bauvorhaben werden durch die sogenannte Genehmigungsfiktion leichter. Dadurch gilt ein Bauantrag automatisch als genehmigt, wenn die Behörde nicht rechtzeitig reagiert. Ein Problem, wenn dadurch Umweltprüfungen wegfallen.

Hamburg als Stadtstaat kommt eine besondere Verantwortung zu, da Bauleitplanung, Raumordnung sowie Naturschutz in einer Hand liegen. Mit jeder Versiegelung gehen Lebensräume verloren, doch Hamburg muss künftig Flächenschutz direkt in der eigenen Stadtentwicklung verankern. Naturnahe Flächen haben außerdem auch soziale Aufgaben: Wer keinen Zugang zu privatem Grün hat, ist auf öffentliches angewiesen.

### **Ausgangslage in Hamburg**

Laut Auswertungen von Correctiv hat Hamburg zwischen 2018 und 2024 rund 14 km<sup>2</sup> neu versiegelt, eine enorme Zahl. Damit steigt der Versiegelungsgrad weiter an, während konkrete Entsiegelungsziele fehlen. Sinnbild dafür ist der Wettbewerb „Abpflastern“, an dem wir uns beteiligen, und für den Räume zur Entsiegelung gemeldet werden. Das Online-Portal stößt auf reges Interesse, doch die Umsetzung scheitert zu oft an mangelnden Ressourcen.

Hitzeschutz ist auch eine soziale Frage. Der Schutz hängt maßgeblich von Einkommen, Wohnort und Wohnverhältnissen ab. Dicht bebaute, stark versiegelte Quartiere speichern

Wärme und sind ein Gesundheitsrisiko besonders für Ältere, Kranke, Kleinkinder, Schwangere sowie Menschen in schlecht isolierten Wohnungen. Hinzu kommt, dass die Verteilung von Grünflächen und Bäumen oft mit dem Einkommen im Quartier korreliert, d.h. einkommensschwache Quartiere oft höher versiegelt sind.

Dem kann die Politik u.a. durch angepasste Bauweisen und Stadtgrün begegnen. Zusätzliches Grün und Bäume im öffentlichen Raum sind wichtige Lösungsansätze und wirken mehrfach: Grünflächen mindern Hitzebelastung, senken zugleich Überflutungsrisiken und schaffen Trittsteinbiotope. Deshalb muss Hitzeschutz als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden werden.

## **Politischer Kontext**

Hamburg bereitet ein neues Stadtentwicklungskonzept vor, das 2027 beschlossen werden soll; eine Chance für uns darauf hinzuwirken, Boden- und Grünschutz in der Stadtplanung zu verankern. Auf Bundesebene wird Klimaanpassung und Naturschutz als Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe diskutiert, ein guter Anlass für eine klare Positionierung Hamburgs.

## **Forderungen**

Der BUND Hamburg fordert Senat und Bürgerschaft auf, auch entsprechend §8 der EU-Wiederherstellungsverordnung, den Schutz von Grünflächen als Grundlage der Klimaanpassung ernst zu nehmen und folgendes umzusetzen.

1. Effizienter und suffizienter Umgang mit Fläche. Flächensparen muss Planungsgrundsatz werden: Vorrang für Innenentwicklung, Aktivierung und Umwidmung von Baulücken und Leerständen zu Wohnraum. Konzepte zur Reduzierung des Wohnflächenverbrauchs pro Kopf sind zu fördern. Der Versiegelungsgrad muss begrenzt werden. Neue Versiegelung nur dort, wo unvermeidbar. Ziel: Netto-Null-Flächenversiegelung.
2. Schwammstadt und Entsiegelung: Konsequente Umsetzung des Schwammstadt-Prinzips bei öffentlichen Planungen; „Abpflastern“ ausweiten sowie personell und finanziell besser ausstatten. Finanzierung der Pflege nach Abpflasterung sicherstellen. Bei der Verfolgung der Ziele des Schwammstadtprinzips ist natürlichen Maßnahmen Vorrang vor technischen Lösungen zu geben.
3. Moorschutz und Wiedervernässung: Verbindlich umzusetzendes Programm zur Wiedervernässung degradierter Moore (in Abstimmung mit dem Umland), sowie konsequenter Schutz bestehender Moore.

4. Grün-Blaue-Infrastruktur: Grünzüge, Kleingewässer und Gründächer als zusammenhängendes System ausbauen, pflegen und erweitern. Flächendeckendes lokales Regenwassermanagement einführen.
5. Wohnortnahe Grünflächen für alle Stadtteile: Bedarfsgerecht, erreichbar, klimaresilient. Priorität für naturarme, hitzebelastete Quartiere sowie Außenanlagen von Kitas, Schulen, Pflege- und Krankenhauseinrichtungen.
6. Straßenbäume und Gehölze erhalten und neue pflanzen. Erhalt von Bäumen in der Planung stärken.

## **Beschlussvorschlag**

Die Mitgliederversammlung des BUND Hamburg möge beschließen:

- Der BUND Hamburg macht Flächenschutz und Klimaanpassung zum Schwerpunktthema der Jahre 2027/28.
- Der BUND Hamburg fordert seine Beteiligung am Stadtentwicklungskonzept 2027 ein und bringt fachliche Beiträge ein.
- Der BUND macht Angebote, um Aktive vor Ort einzubinden, durch Abpflaster-Aktionen, Stellungnahmen, Baumaktionen und Exkursionen.
- Der BUND Hamburg bringt sich in dem neuen Bündnis „Starker Sozialstaat Hamburg“ ein, um gemeinsam mit den Sozialverbänden zu einer breiten gesellschaftlichen Mobilisierung für u.a. die ökologisch-sozialverträgliche Stadtentwicklung beizutragen. Der BUND bringt insbesondere Forderungen zur Umweltgerechtigkeit in das Bündnis ein.
- Der Vorstand wird beauftragt, die Forderungen gegenüber Senat, Bürgerschaft und Behörden zu vertreten und in die Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzepts 2027 einzubringen
- Die Bezirksgruppen und Projektgruppen werden gebeten, im Rahmen ihrer Tätigkeiten die genannten Forderungen gegenüber Bezirken zu vertreten